

IGB-Frontlines-Umfrage

Sonderthema: Vertrauen in globale Unternehmen und Lieferketten

Zusammengestellt für den G7-Gipfel, Schloss Elmau, Deutschland

Juni 2015

Inhalt

Inhalt	2
Vorwort	3
Kommentar	4
Grafik 1: Vertrauen in globale Unternehmen (G7 insgesamt)	6
Grafik 2: Vertrauen in globale Unternehmen (nach Ländern)	6
Grafik 3: Die Unternehmen sollten allen Beschäftigten in ihrer Lieferkette einen menschenwürdigen Mindestlohn zahlen (Erzeugerländer insgesamt)	7
Grafik 4: Die Unternehmen sollten allen Beschäftigten in ihrer Lieferkette einen menschenwürdigen Mindestlohn zahlen (nach Ländern)	7
Grafik 5: Den Unternehmen sind Profite wichtiger als die Sicherheit ihrer Beschäftigten (Erzeugerländer insgesamt)	8
Grafik 6: Den Unternehmen sind Profite wichtiger als die Sicherheit ihrer Beschäftigten (nach Ländern)	8
Tabellen.....	9
Tabelle 1: Vertrauen in globale Unternehmen	9
Tabelle 2: Die Unternehmen sollten allen Beschäftigten in ihrer Lieferkette einen menschenwürdigen Mindestlohn zahlen	10
Tabelle 3: Den Unternehmen sind Profite wichtiger als die Sicherheit ihrer Beschäftigten.....	11
Methodik.....	12

Vorwort

Dem ausbeuterischen Lieferkettenmodell, das den Welthandel korrumpiert, muss ein Ende gesetzt werden, und die Staats- und Regierungschefs der G7 können bei ihrem Gipfeltreffen in Deutschland Veränderungen bewirken.

Arbeit ist keine Handelsware. Dieses Prinzip bildet das Kernstück der Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), und dennoch wird zugelassen, dass die globalen Netzwerke der Lieferketten, die den internationalen Handel beherrschen, auf dieser Grundlage operieren.

Die G7-Staaten verfügen über Gesetze, die den Beschäftigten in ihren eigenen Ländern grundlegende Rechte garantieren. Sie können für eine Gleichbehandlung der Beschäftigten in anderen Ländern sorgen, in denen Unternehmen aus G7-Ländern tätig sind, indem sie dieses Prinzip der Rechtsstaatlichkeit über ihre Grenzen hinaus ausweiten.

Die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte liefern einen Rahmen dafür, indem sie die jeweilige Verantwortung von Regierungen und Unternehmen klar darlegen: Die Regierungen müssen die Menschenrechte schützen, und die Unternehmen müssen die Menschenrechte achten.

Die Verantwortung eines Unternehmens für die Achtung der Menschenrechte besteht *"unabhängig von der Fähigkeit und/oder Bereitschaft der Staaten, ihre eigenen menschenrechtlichen Verpflichtungen zu erfüllen, und schmälert diese Verpflichtungen nicht."*

Aus den Prinzipien der UN geht eindeutig hervor, dass die Unternehmen die Verantwortung haben, die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei ihren gesamten Geschäftstätigkeiten zu achten, einschließlich Subunternehmern und Zulieferern.

Und wenn das Geschäftsmodell des 21. Jahrhunderts davon ausgeht, dass die Löhne allein vom Markt geregelt werden, dann müssen wir die Unternehmen daran erinnern, dass ein existenzsichernder Lohn ein Menschenrecht ist.

In der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (Artikel 23/3) der Vereinten Nationen heißt es: *"Jeder, der arbeitet, hat das Recht auf gerechte und befriedigende Entlohnung, die ihm und seiner Familie eine der menschlichen Würde entsprechende Existenz sichert, gegebenenfalls ergänzt durch andere soziale Schutzmaßnahmen."* Mit anderen Worten: Existenzsichernde Löhne sind ein grundlegendes Menschenrecht, und die Achtung grundlegender Menschenrechte ist nicht verhandelbar.

Dies spiegelt sich sowohl in der Erklärung der ILO von Philadelphia als auch in ihrer Erklärung über soziale Gerechtigkeit wider.

Die "soziale Verantwortung der Unternehmen" hat versagt. Nur Rechtsstaatlichkeit kann für Transparenz, Sorgfaltspflicht in Bezug auf Arbeitnehmerrechte und Sicherheit, existenzsichernde Mindestlöhne und Tarifverhandlungen sowie Sozialschutz sorgen.

Auch unverbindlichen Rechtsinstrumenten kommt eine Rolle zu. Wir fordern die G7 auf, die Stärkung der OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen und der Rolle der Nationalen Kontaktstellen zu unterstützen.

Wir fordern die Unterstützung und Aufwertung der Rolle der ILO, um informeller Beschäftigung und Zwangsarbeit ein Ende zu setzen und das Verhalten der Unternehmen zu überwachen.

Die Staaten sollten sich aber auch ihre eigenen Gesetze ansehen und sicherstellen, dass Rechtsmittel vorhanden sind, wenn unverbindliche Rechtsinstrumente versagen.

Die Menschen wollen, dass die Regierungen handeln. 55% der Menschen in vier G7-Ländern (Frankreich, Deutschland, Großbritannien, USA) sind der Ansicht, dass nicht darauf vertraut werden kann, dass sich die Unternehmen um ihre Beschäftigten kümmern.

Die G7-Staaten können Veränderungen bewirken.

Sharan Burrow, Generalsekretärin, Internationaler Gewerkschaftsbund

Kommentar

Die 2014 in 14 Ländern durchgeführte Weltweite Umfrage des IGB hat ergeben, dass das Familieneinkommen von 53% der Weltbevölkerung nicht mit der Erhöhung der Lebenshaltungskosten Schritt halten konnte.

Zusammengerechnet mit denen, die angaben, dass ihr Einkommen unverändert geblieben ist (29%), haben somit überwältigende 82% der Weltbevölkerung festgestellt, dass ihre Einkommen stagnieren oder hinter den Lebenshaltungskosten zurückgeblieben sind.

58% der in derselben Umfrage Befragten gaben an, dass sie kein Geld zum Sparen übrig haben (61% im Jahr 2013 und 60% im Jahr 2012). In der 2014 durchgeführten Umfrage gaben 10% derselben Befragten an, dass sie nicht genug für die grundlegenden Dinge des Lebens haben.

Vor diesem Hintergrund gaben 60% der 2014 Befragten an, dass die Unternehmensinteressen ihrer Ansicht nach einen zu großen Einfluss auf die Festlegung der Regeln für die Wirtschaft haben, während 84% meinten, dass gewöhnliche Bürger nicht genügend Einfluss haben. 62% derselben Befragten wollten, dass ihre Regierungen mehr tun, um die Macht der Unternehmen einzudämmen. Überwältigende 82% meinten zudem, dass ihre Regierungen mehr tun sollten, um für gerechte Löhne für die Beschäftigten in ihren Ländern zu sorgen.

Auf der Grundlage dieser Hintergrundinformationen hat der IGB weitere Untersuchungen in Form einer kurzen Umfrage unter Personen in neun sowohl Industrie- als auch Entwicklungsländern durchgeführt.

Auf diese neun Länder zusammen entfallen 50% des weltweiten BIP.

Zusätzlich dazu hat der IGB weitere Fragen in Auftrag gegeben, die auf die Menschen in drei Erzeugerländern (Indonesien, Türkei und Philippinen) abzielen, in denen viele von ihnen in den Lieferketten multinationaler Konzerne beschäftigt sind.

Die Menschen in den G7-Ländern glauben, dass man den Unternehmen nicht vertrauen kann, sich um ihre Beschäftigten zu kümmern

Mehr als die Hälfte (55%) der Menschen in den G7-Ländern Frankreich, Deutschland, Großbritannien und USA sind der Ansicht, dass im Falle der meisten globalen Unternehmen nicht darauf vertraut werden kann, dass sie Sorge für ihre Beschäftigten tragen, weshalb strengere Gesetze notwendig sind.

Am deutlichsten traf diese Aussage auf Deutschland zu, wo 66% der Befragten angaben, kein Vertrauen in globale Unternehmen zu haben, wenn es um das Wohl ihrer Beschäftigten geht, gefolgt von Großbritannien und Frankreich (54%) sowie den USA (47%).

In der Gruppe der über 55-Jährigen war die Überzeugung, dass nicht darauf vertraut werden kann, dass sich globale Unternehmen um ihre Beschäftigten kümmern, noch größer (63%).

Diejenigen, die gegenwärtig einer Erwerbstätigkeit nachgehen, liegen im Durchschnitt: 55% glauben, dass nicht darauf vertraut werden kann, dass sich globale Unternehmen um ihre Beschäftigten kümmern.

In Indonesien, den Philippinen und der Türkei ist die große Mehrheit überzeugt, dass den meisten Arbeitgebern die Profite wichtiger sind als die Sicherheit ihrer Beschäftigten

80% der Befragten waren der Ansicht, dass den meisten Arbeitgebern die Profite wichtiger sind als die Sicherheit ihrer Beschäftigten.

Am deutlichsten wurde dies in der Türkei (89%), aber mindestens drei Viertel der Befragten in Indonesien (77%) und den Philippinen (75%) waren ebenfalls der Ansicht, dass die Sicherheit der ArbeitnehmerInnen den Arbeitgebern nicht so wichtig ist wie ihre Gewinne.

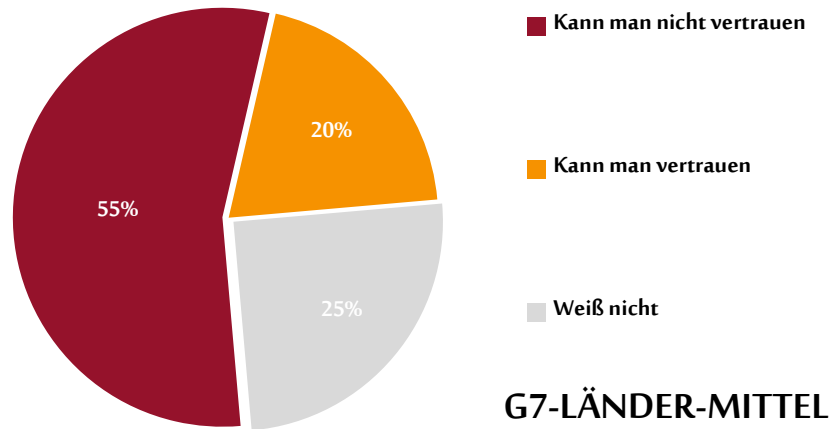
Die überwältigende Mehrheit der Menschen in Indonesien, den Philippinen und der Türkei ist der Ansicht, dass die Unternehmen all ihren Beschäftigten einen menschenwürdigen Mindestlohn zahlen sollten, egal wo sie beschäftigt sind

Mehr als drei Viertel (78%) der Menschen in den Erzeugerländern sind der Meinung, dass ein Unternehmen nur dann Geschäftstätigkeiten verrichten sollte, wenn es allen Beschäftigten in seiner Lieferkette einen Mindestlohn zahlen kann, der zum Leben reicht.

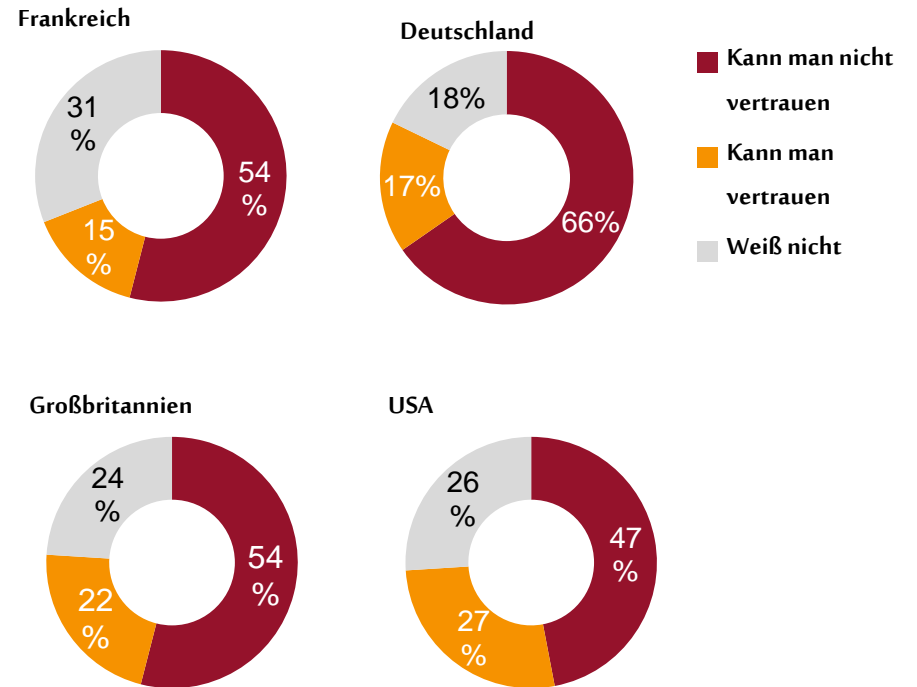
Die größte Zustimmung fand diese Aussage in Indonesien (82%), gefolgt von den Philippinen (79%) und der Türkei (72%).

Diejenigen, die einer Erwerbstätigkeit nachgehen, stimmten dieser Aussage zwar eher zu als die gegenwärtig nicht Erwerbstätigen, aber der Unterschied war mit 79% gegenüber 74% nur geringfügig.

Grafik 1: Vertrauen in globale Unternehmen (G7 insgesamt)



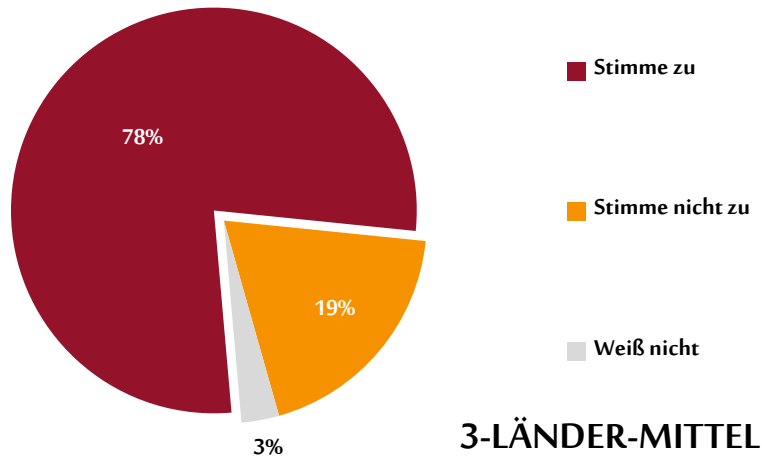
Grafik 2: Vertrauen in globale Unternehmen (nach Ländern)



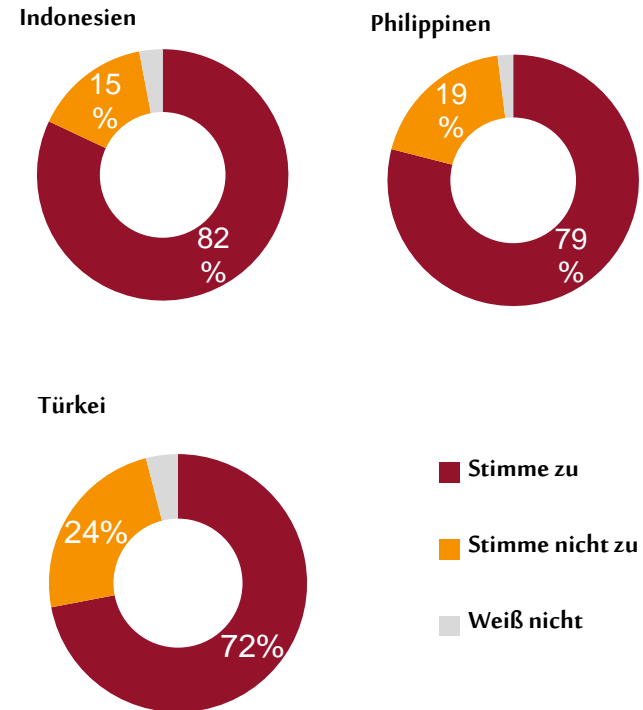
Anm.: Die berücksichtigten G7-Länder sind Frankreich, Deutschland, Großbritannien (UK) und die USA. Der jeweilige Stichprobenumfang für diese Länder findet sich in der Methodik.

Frage: *Es besteht allgemein Uneinigkeit darüber, wie am besten sichergestellt werden kann, dass Arbeiter und Arbeiterinnen überall auf der Welt gerechte Löhne erhalten sowie angemessene Rechte und Arbeitsbedingungen haben. Manche glauben, dass man darauf vertrauen kann, dass sich globale Unternehmen um ihre Arbeitnehmer in all den Ländern kümmern, die ihren Unternehmen zuarbeiten bzw. diese beliefern. Andere sind jedoch der Meinung, dass strengere Gesetze notwendig sind, die sicherstellen, dass Arbeiter und Arbeiterinnen gerechte Löhne erhalten sowie angemessene Rechte und Arbeitsbedingungen haben. Welche der folgenden Aussagen entspricht Ihrer Meinung am ehesten? Den meisten globalen Unternehmen kann man vertrauen, dass sie Sorge für ihre Arbeiter/innen in verschiedenen Ländern tragen ODER Den meisten globalen Unternehmen kann man nicht vertrauen, dass sie Sorge für ihre Arbeiter/innen tragen, und daher sind strengere Gesetze notwendig.*

Grafik 3: Die Unternehmen sollten allen Beschäftigten in ihrer Lieferkette einen menschenwürdigen Mindestlohn zahlen (Erzeugerländer insgesamt)



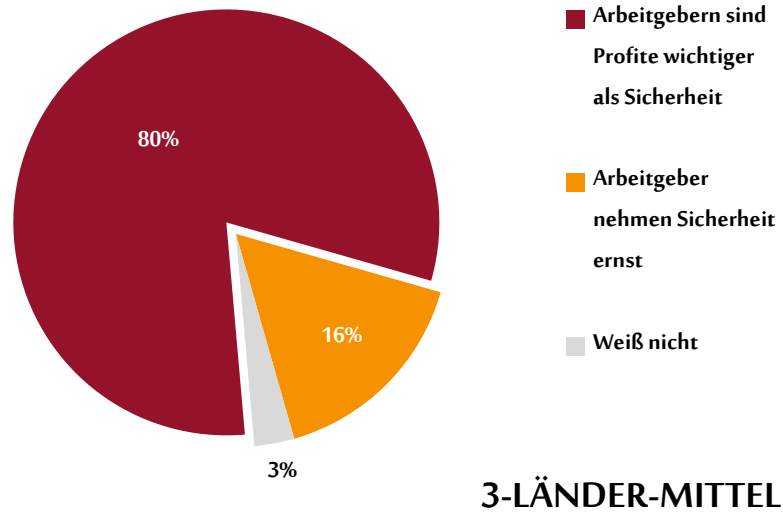
Grafik 4: Die Unternehmen sollten allen Beschäftigten in ihrer Lieferkette einen menschenwürdigen Mindestlohn zahlen (nach Ländern)



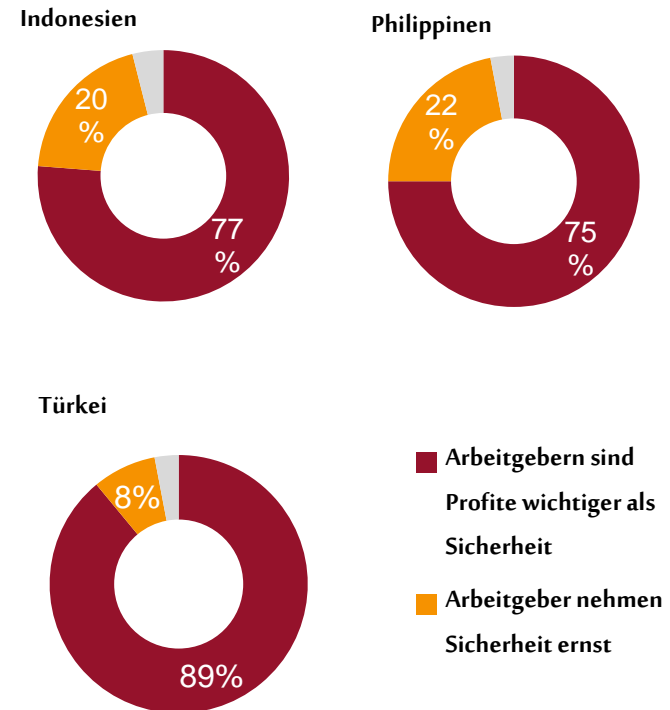
Anm.: Grafik 3 bezieht sich nur auf die Türkei, Indonesien und die Philippinen. Der Stichprobenumfang für jedes Land findet sich in der Methodik. In Grafik 4 sind Antworten mit 'Weiß nicht' zur besseren Lesbarkeit nicht ausgewiesen, s. Tabellen.

Frage: Ein Unternehmen sollte nur dann Geschäftstätigkeiten verrichten, wenn es allen Beschäftigten in seiner Lieferkette einen Mindestlohn zahlen kann, der zum Leben reicht.

Grafik 5: Den Unternehmen sind Profite wichtiger als die Sicherheit ihrer Beschäftigten (Erzeugerländer insgesamt)



Grafik 6: Den Unternehmen sind Profite wichtiger als die Sicherheit ihrer Beschäftigten (nach Ländern)



Anm.: Grafik 5 bezieht sich nur auf die Türkei, Indonesien und die Philippinen. Der Stichprobenumfang für jedes Land findet sich in der Methodik. In Grafik 6 sind Antworten mit 'Weiß nicht' zur besseren Lesbarkeit nicht ausgewiesen, s. Tabellen.

Frage: Welche der folgenden Aussagen entspricht Ihrer Meinung am ehesten? Den meisten Arbeitgebern sind die Profite wichtiger als die Sicherheit ihrer Beschäftigten ODER Die meisten Arbeitgeber nehmen die Sicherheit ihrer Beschäftigten ernst, auch wenn dies ihre Gewinne schmälert ODER Weiß nicht

Tabellen

Tabelle 1: Vertrauen in globale Unternehmen

Frage: Es besteht allgemein Uneinigkeit darüber, wie am besten sichergestellt werden kann, dass überall auf der Welt gerechte Löhne gezahlt werden, angemessene Rechte und Arbeitsbedingungen vorhanden sind. Manche glauben, dass man darauf vertrauen kann, dass sich globale Unternehmen um ihre Arbeitnehmer in all den Ländern kümmern, die ihren Unternehmen zuarbeiten bzw. diese beliefern. Andere sind jedoch der Meinung, dass strengere Gesetze notwendig sind, um dies zu gewährleisten. Welche der folgenden Aussagen entspricht Ihrer Meinung am ehesten?

	GESAMT	China	Frankreich	Deutschland	Indien	Indonesien	Philippinen	Türkei	UK	USA
Den meisten globalen Unternehmen kann man vertrauen, dass sie Sorge für ihre Arbeiter/innen in verschiedenen Ländern tragen	20%	-	15%	17%	-	-	-	-	22%	27%
Den meisten globalen Unternehmen kann man nicht vertrauen, dass sie Sorge für ihre Arbeiter/innen tragen, und daher sind strengere Gesetze notwendig	55%	-	54%	66%	-	-	-	-	54%	47%
Weiß nicht	25%	-	31%	18%	-	-	-	-	24%	26%

	GESAMT	Unter 35	35-54	Über 55	Erwerbstätig	Nicht erwerbstätig
Den meisten globalen Unternehmen kann man vertrauen, dass sie Sorge für ihre Arbeiter/innen in verschiedenen Ländern tragen	20%	27%	18%	13%	23%	16%
Den meisten globalen Unternehmen kann man nicht vertrauen, dass sie Sorge für ihre Arbeiter/innen tragen, und daher sind strengere Gesetze notwendig	55%	48%	58%	63%	55%	56%
Weiß nicht	25%	25%	24%	24%	22%	28%

Tabelle 2: Die Unternehmen sollten allen Beschäftigten in ihrer Lieferkette einen menschenwürdigen Mindestlohn zahlen

Frage: Ein Unternehmen sollte nur dann Geschäftstätigkeiten verrichten, wenn es allen Beschäftigten in seiner Lieferkette einen Mindestlohn zahlen kann, der zum Leben reicht.

	GESAMT	China	Frankreich	Deutschland	Indien	Indonesien	Philippinen	Türkei	UK	USA
Stimme zu	78%	-	-	-	-	82%	79%	72%	-	-
Stimme nicht zu	19%	-	-	-	-	15%	19%	24%	-	-
Weiß nicht	3%	-	-	-	-	3%	2%	4%	-	-

	GESAMT	Unter 35	Über 35	Erwerbstätig	Nicht erwerbstätig
Stimme zu	78%	77%	79%	79%	74%
Stimme nicht zu	19%	20%	18%	19%	21%
Weiß nicht	3%	3%	2%	2%	4%

Tabelle 3: Den Unternehmen sind Profite wichtiger als die Sicherheit ihrer Beschäftigten

Frage: Welche der folgenden Aussagen entspricht Ihrer Meinung am ehesten?

	GESAMT	China	Frankreich	Deutschland	Indien	Indonesien	Philippinen	Türkei	UK	USA
Den meisten Arbeitgebern sind die Profite wichtiger als die Sicherheit ihrer Beschäftigten	80%	-	-	-	-	77%	75%	89%	-	-
Die meisten Arbeitgeber nehmen die Sicherheit ihrer Beschäftigten ernst, auch wenn dies ihre Gewinne schmälert	16%	-	-	-	-	20%	22%	8%	-	-
Weiß nicht	3%	-	-	-	-	4%	3%	3%	-	-

	GESAMT	Unter 35	Über 35	Erwerbstätig	Nicht erwerbstätig
Den meisten Arbeitgebern sind die Profite wichtiger als die Sicherheit ihrer Beschäftigten	80%	78%	84%	81%	80%
Die meisten Arbeitgeber nehmen die Sicherheit ihrer Beschäftigten ernst, auch wenn dies ihre Gewinne schmälert	16%	19%	12%	17%	15%
Weiß nicht	3%	3%	3%	3%	4%

Methodik

Diese Schlussfolgerungen basieren auf der 2015 durchgeführten Frontlines-Umfrage des Internationalen Gewerkschaftsbundes.

Die Ergebnisse in dem Dokument beziehen sich auf drei von neun bei der Umfrage gestellten Fragen.

Von diesen Fragen wurden drei in neun Ländern gestellt: China, Frankreich, Deutschland, Indien, Indonesien, Philippinen, Türkei, Großbritannien (UK) und USA.

Die übrigen sechs Fragen wurden nur den Befragten in Indonesien, der Türkei und den Philippinen gestellt.

Die Ergebnisse bezüglich der Fragen, die nicht in diesem Bericht enthalten sind, werden gesondert veröffentlicht.

In jedem der neun Länder wurden ca. N=1.000 Befragungen durchgeführt (N=Grundgesamtheit). Der genaue Stichprobenumfang sah wie folgt aus:

Land	Stichprobenumfang
China	1024
Frankreich	1038
Deutschland	1047
Indien	1017
Indonesien	1027
Philippinen	1001
Türkei	1011
UK	1047
USA	1046

In jedem Land wurden Quotenstichproben verwendet, um eine repräsentative Zusammensetzung der Bevölkerung nach Alter, Geschlecht und Region widerzuspiegeln.

Zur Auswertung der Daten wurden SPSS-Software und Microsoft Excel verwendet.

Die Umfrage wurde gemäß AS/ISO 20252 Richtlinien durchgeführt.

Die Ergebnisse dieser Untersuchung spiegeln die Meinungen der Menschen aus Ländern wider, auf die 50% des weltweiten BIP entfallen.

Essential Media Communications war für die Ausarbeitung der Fragen, die Auswertung der Daten und die Berichterstellung verantwortlich.

TNS Opinion hat die Feldarbeit zwischen dem 23. und dem 29. April 2015 durchgeführt.

Weitere Informationen erteilt Gemma Swart gemma.swart@ituc-csi.org

Nachtrag: Daten für die Niederlande

Der IGB hat im Mai 2015 unabhängig von der Umfrage, auf der dieser Bericht basiert, eine weitere kurze Umfrage durchgeführt.

Diese Umfrage wurde von IPSOS Mori unter 1010 Einwohnern der Niederlande im Alter von 16 bis 70 Jahren durchgeführt.

Bei dieser Stichprobe wurde ebenfalls die Frage gestellt, ob darauf vertraut werden kann, dass sich globale Unternehmen in den Ländern, in denen sie Geschäftstätigkeiten verrichten, um ihre Beschäftigten kümmern. 60% gaben an, dass man darauf nicht vertrauen kann.

Lediglich 36% waren der Ansicht, dass man den Unternehmen vertrauen kann.

Trotz einer unterschiedlichen Strukturierung und Formulierung befinden sich diese Ergebnisse im Einklang mit denen zu den Fragen im übrigen Teil dieses Berichtes.